

## Editorial

Ansgar Klein

# Engagement- und Demokratiepoltik

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2022-0018>

*Stefan Diefenbach-Trommer* erinnert in seinem **Nachruf an den Bewegungsaktivisten Jochen Stay**. Über den Widerstand gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf stieß er zur Anti-Atomkraft-Bewegung. Für viele war er über Jahrzehnte eines der Gesichter dieser Bewegung: Als Sprecher von X-tausendmal quer, der großen Sitzblockaden vor Gorleben. Dann als Sprecher und Initiator der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt.

Wahlbeteiligung und Engagementbereitschaft, so *Thomas Klie* in der **Aktuellen Analyse**, sind nicht nur von soziodemographischen Faktoren abhängig. Einfluss haben auch Strukturbedingungen von Regionen. Das konnte in dem Monitoring Demokratische Integration 2019, das hier vorgestellt wird, herausgearbeitet werden. Inwieweit Einstellungen zum demokratischen System mit Wahlaktivität und Engagement korrelieren, konnte im ersten Monitoring mangels verfügbarer Daten nicht geprüft werden. Um diese wichtigen Zusammenhänge für eine Fortsetzung des Monitorings einbeziehen zu können, wurden im Rahmen einer Vorstudie sowohl eine repräsentative Bevölkerungsbefragung durchgeführt als auch Datensätze identifiziert, die dies für die Zukunft möglich machen.

## Zum Themenschwerpunkt:

In Zeiten einer sich fachpolitisch konstituierenden Ampel-Koalition in der Bundesregierung ist es für das Forschungsjournal von besonderem Interesse, sich den eng zusammenhängenden Politikfeldern der Engagement- und Demokratiepoltik zuzuwenden. Diese jungen und noch fragilen – sowie in der öffentlichen wie auch politischen Wahrnehmung immer noch marginalisierten – Politikfelder tragen wesentlich nicht nur zum Zusammenhalt der Gesellschaft, sondern auch zur Zukunft der repräsentativen Demokratie bei.

Die Zeitschrift hat das Thema immer wieder aufgegriffen. Zuletzt haben wir mit unserem Jubiläumsheft zu 30 Jahre Forschungsjournal (Heft 1–2/2018) einen umfassenden Reader zur demokratie- und engagementpolitischen Debatte vorgelegt („Zukunft der Demokratie“).

Den Themenschwerpunkt leitet *Ansgar Klein* mit einer bilanzierenden Analyse der Entwicklungen in den Feldern der Engagement- und Demokratiep politik ein. Mit dem Begriffsverständnis des „bürgerschaftlichen Engagements“ eng verbunden, so der Gründungsgeschäftsführer des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE), ist ein normatives Verständnis, in dem die politischen Gestaltungsansprüche als wesentlicher Bestandteil eines immer eigensinnigen und freiwilligen Engagements gelten. Engagement und Partizipation haben in diesem neueren Verständnis einen engen und nicht auflösbaren Zusammenhang, weil die Gestaltung der Gesellschaft im Kleinen durch Engagement die Bezüge zu den darauf gerichteten politischen Entscheidungen und zugleich Beteiligungsansprüche schafft.

Daher hat Engagementpolitik immer auch enge Bezüge zur Demokratiep politik. In der Folge der Enquete-Kommission haben sich über die Aktivitäten von Bund, Ländern und Kommunen die neuen und fragilen Politikfelder der „Engagementpolitik“ wie auch – damit eng verbunden – der „Demokratiep politik“ entwickelt. Auf Empfehlung der Kommission wurde 2002 das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) gegründet, um zu Fragen von Engagement und Zivilgesellschaft die Interessen und Problemperspektiven aus Zivilgesellschaft, Staat und Wirtschaft zu verschränken und gemeinsam fortzuentwickeln. Der Beitrag gibt einen Überblick über diese Entwicklungen.

Nach dieser Einleitung folgen drei Beiträge aus den *Bundestagsfraktionen der Ampelkoalition* bzw. dem engsten Umfeld zu den Konturen der Engagement- und Demokratiep politik in der neuen 20. Legislaturperiode. Für die SPD-Bundestagsfraktion stellen die neuen verantwortlichen Bundestagsabgeordneten *Ulrike Bahr*, *Felix Döring*, *Ariane Fäscher* und *Erik von Malottki* ihre Vorhaben in der Engagement- und Demokratiep politik dar. Für die Grünen skizziert die im Unterausschuss BE zuständige Bundestagsabgeordnete *Emilia Fester* Eckpunkte der Engagementpolitik. Für die FDP wertet *Christopher Gohl*, Bundestagsabgeordneter in der vergangenen Legislaturperiode und in Vorstand und Programmkommission der FDP weiterhin mit dem Themenkreis intensiv befasst, den Koalitionsvertrag der Ampel engagement- und demokratiep politisch aus und erläutert zugleich demokratietheoretisch den Bezug des politischen Liberalismus zu den Themen von Zivilgesellschaft, Beteiligung und Engagement. Dafür wird zunächst im Rückgriff auf das historische Beispiel von Hildegard Hamm-Brücher und auf Konzeptionen der Politikwissenschaften überlegt, welche Aspekte, Kategorien und Gestaltungsansprüche „Demokratiep politik“ erfassen könnte und in welchem Verhältnisse sie zur Engagementpolitik steht. Das abschließende Fazit würdigt einerseits die umfassenden Vorhaben und problematisiert andererseits fehlende Klärungen und Leitbilder, mögliche Bruchstellen und offensichtliche blinde Flecken. Noch

kann die Ampel ihre Ambition aus dem Abseits nehmen, das der Demokratie- und Engagementpolitik droht.

Ein regulärer Ausschuss für Engagement- und Demokratiepolitik wurde im neu konstituierten Bundestag nicht gegründet. Der bisherige Unterausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ beim Ausschuss FSFJ, so die aktuelle Diskussion zum Zeitpunkt des Editorials Ende Januar 2022, könnte jetzt aber mit erweitertem Titel ein Unterausschuss für Engagement- und Demokratiepolitik werden. Seitens der SPD wird zudem vorgeschlagen, in der laufenden Legislaturperiode eine Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags für Engagement- und Demokratiepolitik einzusetzen. Diese Enquete-Kommission würde die Chance bieten, beide Themenstränge systematisch aufeinander zu beziehen, die komplexen Sachverhalte aufzubereiten und vor diesem Hintergrund einen regulären Ausschuss für Engagement- und Demokratiepolitik in der folgenden Legislaturperiode zu empfehlen.

*Roland Roth* bilanziert die Demokratiepolitik. Zu den demokratiepolitischen Erträgen der letzten Dekade gehört eine beachtliche Ausweitung des Handlungsrepertoires. Dies gilt vor allem für dialogische und deliberative Beteiligungsformate, aber auch für neue direktdemokratische Formen wie Bürgerfonds und Budgets. Neue Leitbilder wie „vielfältige Demokratie“ oder „Bürgerkommune“ sind entstanden und werden praktisch erprobt. Damit sind Umriss progressiver Antworten auf Erosionen des klassischen Gefüges repräsentativer Politik und autoritäre Rückbildungen sichtbar geworden. Eine offene Frage ist, wie eine Ausbreitung dieser demokratischen Experimente gelingen kann. Die Devise „mehr Fortschritt wagen“, mit der die neue Bundesregierung angetreten ist, hat bislang kein zureichendes demokratiepolitisches Fundament. Nur wenn die demokratiepolitischen Innovationen des letzten Jahrzehnts auch breit genutzt werden, kann sie erfolgreich sein.

*Stefan Diefenbach-Trommer* diskutiert die Herausforderungen einer Reform des Gemeinnützigkeitsrechts. In jüngerer Zeit war hier die Diskussion aufgekommen, ob gemeinnützige Organisationen politisch tätig sein dürfen. Seitens der Zivilgesellschaft wurde in Reaktion darauf deutlich darauf hingewiesen, dass politische Betätigung in der Öffentlichkeit und damit ein Mitwirken an der Meinungs- und Willensbildung zum Kernbereich zivilgesellschaftlichen Handelns gehöre. Unabhängige, kritische, sich einmischende zivilgesellschaftliche Organisationen sind notwendiger Bestandteil eines demokratischen Rechtsstaats. Dadurch wird das Gemeinnützigkeitsrecht als De-facto-Standard für diese Organisationen auch zu einem Thema der Demokratiepolitik. Um dieses Recht zu gestalten, braucht es ein kohärentes Verständnis von Demokratie und Zivilgesellschaft. Der Ampel-Koalitionsvertrag enthält deutliche Ansagen – doch haben die die Ampel-Parteien diese Funktion tatsächlich verstanden und die Rolle des Gemeinnützigkeits-

rechts? Oder handelt es sich im Koalitionsvertrag um bloße Lippenbekenntnisse? Stefan Diefenbach-Trommer diskutiert, was auf welche Weise im Gemeinnützigkeitsrecht getan werden muss.

*Serge Embacher* berichtet über die Ergebnisse des vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement in 2 Jahren durchgeführten nationalen Forums „Digitalisierung und Engagement“, das die Förder-, Unterstützungs- und Begleitbedarfe der vielfältigen Akteure der Zivilgesellschaft im weiteren Prozess der Digitalisierung darstellt. Auf der Ebene der Engagement-Praxis zeigen sich vielfältige und bislang erst in Ansätzen konkretisierte Themenfelder. In einer ersten Annäherung kann man einige Aspekte benennen. Die Frage lautet, was der Einzelne – egal ob ehren- oder hauptamtlich aktiv – eigentlich wissen und können muss. Als Perspektive steht hier das Ideal der Digitalen Souveränität am Horizont. Darüber hinaus geht es – auf der Ebene des gemeinnützigen Vereins oder Verbandes – um die Entwicklungsperspektive der Organisation. Wie müssen sich gemeinnützige Organisationen in ihrer Arbeitsweise verändern, um den Digitalen Wandel aktiv mitgestalten zu können? Dabei spielt unter anderem das komplexe Thema Datenschutz und Datensicherheit eine gewichtige Rolle, hier verstanden als Schutzinstanz für individuelle Freiheitsrechte. Schließlich wird ein Blick auf den Zusammenhang von Digitalisierung und Demokratieentwicklung geworfen werden. Hier kommt gemeinnützigen Organisationen ebenfalls eine zentrale Bedeutung zu, die bislang erst ansatzweise erkannt wurde.

*Benedikt Widmaier* diskutiert kritisch den in den vergangenen Jahren seitens des Staates unternommenen Versuch, politische Bildung für eine Prävention zu extremistischen Einstellungen zu nutzen und die Landschaft der zivilgesellschaftlichen Bildungsträger in dieser Planung top down zu adressieren. Demgegenüber unterstreicht er die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Selbstorganisation und eines breiter ansetzenden Verständnisses politischer Bildung. Non-formale politische Bildung wird in Deutschland von „freien“ Trägern der Zivilgesellschaft angeboten. Geleitet durch demokratietheoretische Überlegungen in Gesetzgebung und Bildungspolitik ist dabei die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Institutionen und freien Trägern subsidiär und partnerschaftlich geregelt. Eine stärkere staatliche Top-Down-Steuerung mit einschlägigen Programmen, hohen finanziellen Anreizen und bestimmten gesetzlichen Vorhaben könnte diese Rahmenbedingungen dauerhaft verändern.

*J. Olaf Kleist* und *Mirjam Weiberg* stellen komprimierte Befunde der Evaluation des großen Förderprogramms „Demokratie leben!“ vor und unterstreichen die Notwendigkeit einer nachhaltigen Strukturförderung der aufgebauten und schon seit vielen Jahren geförderten Einrichtungen. – Das im Koalitionsvertrag der Ampel angekündigte „Demokratiefördergesetz“ sollte daher weder die zivilgesellschaftliche Trägerlandschaft in eine top down-Steuerung bringen noch ver-

kürzt werden auf Extremismusprävention: Erforderlich ist vielmehr eine dauerhafte Strukturförderkompetenz des Bundes für die Infrastruktureinrichtungen in den Sozialräumen von Kommunen und Regionen insgesamt.

*Nino Kavelashvili* und *Vladimir Sestovic* berichten über die Entwicklung der Engagement- und Demokratiep politik in Europa. Die Debatte um die strukturierte Einbindung zivilgesellschaftlicher Netzwerke und Verbände in europäische Entscheidungsprozesse ist nicht neu. Trotz verschiedener Beteiligungsformate ist Handlungsbedarf im Hinblick auf nachhaltige Zusammenarbeit zwischen Politik und Zivilgesellschaft ist nicht zu übersehen. Der Beitrag geht der Frage nach, ob die organisierte Zivilgesellschaft die Rolle des Mittlers zwischen Bürger\*innen und Institutionen übernehmen kann, wenn es darum geht, das Vertrauen in demokratische Verfahren und Institutionen zu stärken. Wie kann Zivilgesellschaft die eigene Stimme hörbar machen, wenn die Kanäle für den zivilen Dialog nicht funktionieren?

Das Forschungsjournal hat sich den Fragen der Zukunft der Demokratie in einem umfangreichen Themenheft (Heft 1–2 2018) gewidmet. Ebenso liegt zum Thema Klima und Zivilgesellschaft ein umfangreiches Heft vor (Heft 1 2020). Auf beide Publikationen sei hier zur erweiternden Lektüre hingewiesen.

## Unsere Rubriken:

In der **Rubrik des Instituts für Protest- und Bewegungsforschung (IPB)** erörtert *Dieter Rucht* die Frage, wieweit Wissenschaft und Verfassungsschutz kooperieren sollten und welche Grenzen dabei zu beachten sind. Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat im Frühjahr 2021 mitgeteilt, es werde ein „Zentrum für Analyse und Forschung“ (ZAF) einrichten. Als zentral dafür gilt der „geplante Austausch mit Universitäten und anderen (außeruniversitären) Forschungseinrichtungen“. Das ZAF soll Radikalisierungsforschung betreiben und zunächst einen Schwerpunkt auf die Bereiche Rechtsextremismus und Islamismus legen. Inzwischen wurden einige Angaben dazu ergänzt. Der Plan zur Einrichtung des ZAF hat Wissenschaftler\*innen im Sommer 2021 dazu veranlasst, einen „Einspruch“ gegen dieses Vorhaben zu formulieren und zu begründen (dieser wird dokumentiert nach dem Beitrag des Autors). Der knapp gehaltene Text wurde im September 2021 zunächst von 21 Erstunterzeichner\*innen unterstützt. Innerhalb kurzer Zeit haben ihn weitere 300 Forscher\*innen unterschrieben. Das Vorhaben des Bundesverfassungsschutzes und der darauf bezogene Einspruch geben Anlass, (1) sich grundsätzlicher mit den jeweiligen Eigenheiten des politisch-administrativen Systems und des Wissenschaftsbereichs zu befassen und

(2) auf Formen der Kooperation wie auch des Konflikts zwischen diesen beiden Feldern hinzuweisen. Diese Überlegungen münden (3) in das Votum, zwischen den Tätigkeitsbereichen der Behörden für Innere Sicherheit und der unabhängigen Forschung zu Konflikten, Protesten und politischer Gewalt eine klare Grenze zu ziehen.

Im **Pulsschlag** diskutiert *Karl-Heinz Reuband* die Frage, ob Sachsen mit Blick auf ethnozentrische Ressentiments eine Sonderstellung einnimmt. *Janek Treiber* diskutiert im Treibgut den um deliberative Gesprächsformate bemühten Umgang mit Corona-Leugnung und Maßnahmenegnerschaft in Sachsen und wertet bisherige Erfahrungen kritisch aus.

In der **Literatur-Rubrik** bespricht *Hanna Butterer* die ‚Standortbestimmung Politische Bildung‘, die im vergangenen Jahr von Steve Kenner und Tonio Oefftering herausgegeben wurde. Darüber hinaus bringen wir zwei Rezensionen aus dem Bereich Migration und Konflikt: *Tanita Jill Pöggel* stellt Elias Steinhilfers Studie zu migrantischen Protesten in Deutschland und Frankreich vor und *Mouna Maaroufi* rezensiert den von einer Forschungsgruppe der Universität Kassel herausgegebenen Band „Kämpfe um Migrationspolitik seit 2015“.

Im ergänzenden **online-Angebot FJSB Plus** gibt es den frei zugänglichen Beitrag zum Themenschwerpunkt: *Lilian Schwalb* und *Olaf Ebert* berichten über die Demokratie- und Engagementförderung mit Blick auf Ostdeutschland.

Seitens der Redaktion waren neben den Dauerrubriken an diesem Heft auch *Elias Steinhilper* und *Moritz Sommer* beteiligt. Unser Dank gilt den beteiligten Redaktionskolleg\*innen und natürlich insbesondere allen Autor\*innen!

Dr. Ansgar Klein, Berlin für Herausgeber und Redaktion